

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschahn, Bensch, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standtitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Verkauf: wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—, ohne Auslagen. Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. 4spaltige 1.50, 3spaltige 1.50, 2spaltige 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: G. & E. Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 79

Mittwoch, den 6. Juli 1921

32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichspräsident erläßt einen Aufruf, in dem er zu reicher Mitarbeit am obereschlesischen Hilfswerk auffordert.
- Reichskanzler Wirth hielt bei einer Berliner Rundgebung für Oberschlesien eine Ansprache.
- Deutschösterreich, Tirol sowie die deutschen Kolonien in der ganzen Welt beabsichtigen Oberschlesien-Hilfsfeste oder Sammlungen zu veranstalten.
- Das deutsche Zeppelinluftschiff Bodensee, das Italien zugeteilt ist, ist in Rom eingetroffen.
- Präsident Garbing hat die Friedensresolution unterzeichnet.
- Der französische Meisterbozer Carpentier wurde von dem Amerikaner Dempsey geschlagen.
- Die japanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie eine Beschlagnahme deutschen Eigentums in Japan auf Grund des Versailleser Friedensvertrages beabsichtigt.

Schlussdienst.

Drachnachrichten vom 5. Juli.

Amerika und Deutschland.
Berlin. Aus Anlaß der Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde auf dem Gebäude der amerikanischen Handelskammer zum erstenmal nach vierjähriger Pause die amerikanische Flagge gehißt. Am Denkmal Friedrichs des Großen, unter den Linden, sind aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung Franzosen von einer amerikanischen Deputation niedergelegt worden.

Der Reichsverkehrsminister in München.
München. Reichsverkehrsminister Groener ist in München eingetroffen, um der Tagung des Zentralvereins für deutsche Binnenverkehrsmittel in Verbindung mit dem Rhein-Donau-Verband und dem deutschösterreichisch-ungarisch-schweizerischen Verband für Binnenverkehr beizuwohnen.

Ausgewiesene Sowjetkommisare.
München. In Gmund am Tegernsee sind zwei aus Moskau ausgewiesene russische Sowjetkommisare ausgewiesen und nach Berlin, woher sie gekommen waren, zurückgeschickt worden.

Die Behörden des Saargebietes.
Saarbrücken. Die alliierte Regierungskommission des Saargebietes hat jetzt eine neue Maßnahme ergriffen, um den Zusammenhang des Saargebietes mit Deutschland weiter zu untergraben. Sie hat den Gemeinden sowie allen öffentlichen Anstalten und Körperschaften des Saargebietes verboten, Unterhaltungen oder Zuschüsse des Deutschen Reiches, des preussischen und des bayerischen Staates oder Dienststellen dieser Regierungen ohne Genehmigung des Regierungskommissars zu beantragen oder anzunehmen.

Explosionsunglück.
Bonn. Bei der Explosion eines Benzoltanks im Magazin der rheinischen Stahlwerke in Hilden erlitten drei Arbeiter schwere Brandwunden, denen sie später erliegen sind.

Zwei Personen verbrannt.
Reichenberg (Böhmen). In Reichenberg fanden beim Brande eines Bauernhauses vier Angehörige des Besitzers Stiebelnicher den Brandtod.

Verschiedene Meldungen.

Paris. Die alliierten Regierungen sind darüber einig geworden, daß von den 6% Prozent, die von der von Deutschland zu zahlenden Schadenergütung an die kleinen Staaten verteilt werden sollen, 5 Prozent Selbststätten zuerkannt werden sollen.

Paris. Den in Jassa landenden Fliegern wurden von Seiten des Hauptpersonals und der Volksmenge Schwierigkeiten bereitet.

London. „Daily News“ berechnet die Verluste der Vergorbeller an Lohn während des Streiks auf 50 Millionen Pfund Sterling, und die des englischen Handels auf das Fünffache dieser Summe.

Bukarest. Der Senat hat das Gesetz angenommen, welches das obligatorische Stimmrecht der Frauen bei den Gemeindevahlen bestimmt.

Engelsgeduld.

Die Not der gequälten Oberschlesier war die Veranlassung für ein Hilfswerk, an dem sich die Reichshauptstadt in aufrichtiger Begeisterung aller Volksschichten und Parteien in Wort und Tat beteiligt hat. Der Reichspräsident Ebert und mehrere große Banken haben Millionenbeiträge für die Geldsammlung gestiftet, die in Form der bekannten Blumenverkaufsfeste durchgeführt wurde. Auf den belebtesten Plätzen der Stadt fanden Rundgebungen statt, und im Berliner Stadion demonstrierte im Anschluß an internationale Sportkämpfe eine große Menschenmenge, an die der Vizekanzler Bauer und der preussische Ministerpräsident Siegel sowie patriotische Ansprachen richteten. Der Höhepunkt des Hilfsfestes wurde am Abend in einer Versammlung in einem der größten Konzerthäuser Berlins erreicht, wo der Reichskanzler in Anwesenheit des Reichspräsidenten und zahlreicher Minister eine politische Rede hielt.

Zwei Wunden, so sagte er, bluten am Körper des deutschen Volkes, die eine im Westen, wo die sogenannten Ententeländer im Rheinlande noch immer bestehen, die andere in Oberschlesien. Auf die Frage, woher und für diese Wun-

den Wunden kommen kann, glaubte der Kanzler keine andere Antwort zu finden, als daß sich allmählich wieder der Gedanke des Rechts gegenüber den überspannten Machtideen durchsetzen müsse. Er wies es weit von sich ab, dem vielleicht hier und da aufgetauchten Plan eines Verzweiflungskampfes um Oberschlesien zuzustimmen, und stellte ausdrücklich fest, daß die Regierung diesen Gedanken nicht abgelehrt hat, weil das Gesicht Oberschlesiens nicht auf dem Boden dieser Provinz selbst, sondern vielmehr in der internationalen Politik in Paris, London und Washington und — wie der Kanzler auf einen Ruf aus der Versammlung heraus zugestand — auch in Berlin entschieden werden muß. Sofort aber fügte er hinzu — und seine Stimme nahm dabei einen höchst eindringlichen, geradezu flehentlichen Ton an, — daß für uns die erste Voraussetzung jeder gedeihlichen Mitwirkung an einer günstigen Wendung der obereschlesischen Frage darin erblickt werden müsse, daß wir uns mit einer Engelsgeduld wappnen.

Das Murren, das sich bei diesen Worten erhob, mochte den Kanzler sofort darüber belehren, daß diese seine Auffassung doch nicht ganz mit der Stimmung im Einklang steht, die im deutschen Volke selbst durch den Auffstand in Oberschlesien hervorgerufen worden ist. Es war in der Tat schmerzhaft, daß der Reichskanzler angesichts der fast alle Grenzen überfliegenden Geduld, die die schwerleidende obereschlesische Bevölkerung seit Jahren an den Tag gelegt hat, und angesichts des geradezu verbroderlichen Übermaßes, mit dem von polnischer und französischer Seite auch jeder Schimmer von Berechtigung aus der Behandlung des obereschlesischen Problems hinweggewischt wird, am Tage einer nationalen Rundgebung nichts anderes zu sagen wußte, als daß wir auch weiterhin geduldig sein und auf den Sieg des Rechtes hoffen wollen. Jeder befonnene Politiker und ebenso die weitaesten Volksschichten in Deutschland werden zweifellos der seltenen Übergangung sein, daß in der Gegenwart jede gewaltsame Lösung der obereschlesischen Frage ein Ding der Unmöglichkeit ist. Deutschland ist aber trotz der Entwertung nicht so schwach, daß es alle seine politischen Mittel in den Worten „Geduld und Hoffnung“ erschöpfen lassen müßte.

Warum hat der Kanzler sich nicht das gewaltige Emporkommen der Entwertung in der ganzen deutschen Nation zu eigen gemacht? Warum stößt er sich nicht auf diese Welle der Empörung, und warum tritt er den Staatsmännern der Entente nicht mit dem nachdrücklichen Hinweis immer und immer wieder entgegen, daß es für Deutschland ganz unmöglich ist, seine Reparationsleistungen zu erfüllen und die dazu notwendige Veruhigung und Festigung der inneren Lage herbeizuführen, wenn nicht endlich einmal die blutende Wunde in Oberschlesien von denen wieder geschlossen wird, die sie geschlagen haben? Man kann wohl verstehen, daß ein Kanzler, der eine solche Politik der Nachgiebigkeit selbst in Momenten empfiehlt, in denen das Volk von seinem berufenen Führer Worte erwartet, an denen es sich innerlich aufrichten kann, in Paris und London sehr angenehm ist.

Was aber wird das deutsche Volk selbst dazu sagen, in dem trotz aller Not und Demütigungen die Ideale der nationalen Einheit, die auch der Kanzler Wirth in seiner Rede als das einzige Erbe aus einer großen Vergangenheit bezeichnet, noch lebendig sind? Wird man nicht die Empfindung haben, daß durch eine derartige Politik der Resignation eine gewisse Gleichgültigkeit hervorgerufen werden muß, während wir doch gerade um unserer bedrängten Lage willen eine in höchstem Maße aktive Politik treiben müssen? Aktive Politik bedeutet keine wegschleichen und Sabotage, wohl aber Zusammenfassen aller wirtschaftlichen und aller moralischen Kräfte und vor allem geschicktes Ausnutzen dieser nationalen Werte bei den diplomatischen Verhandlungen mit der Entente. Im Innern aber ist dazu notwendig, daß von führender Stelle aus dem Volke klar gemacht wird, mit welchen Aussichten und mit welchen Mitteln wir an die weitere Verfechtung unserer Lebensrechte herantreten können. Je größer die Klarheit ist, die darüber besteht, um so größer wird die Entschlossenheit in allen Kreisen sein, das Äußerste anzubieten, um an großen Werken der nationalen Wiedererweckung mitzubilden.

Es darf keines Hinweises darauf, daß jede leichtsinnige Forderung, die zu unbesonnenen Taten antreiben möchte, das Gegenteil erreichen würde und uns selbstverleidend nur tiefer ins Elend drückt. Eine Warnung davor ist aber angesichts der Disziplin, die der obereschlesische Selbstschutz unter der Führung General Hoepfers an den Tag gelegt hat, vollkommen überflüssig. Hat doch der sozialdemokratische Vizekanzler Bauer in seiner erwähnten Ansprache dem obereschlesischen Selbstschutz den heißen Dank des Vaterlandes ausgesprochen. Auf diesen Ton mußte der Kanzler eingehen, wenn er die Ohren und die Herzen seiner Hörer gewinnen wollte. Durch „Engelsgeduld“ allein wird die blutende Wunde in Oberschlesien niemals geheilt werden.

Die deutschen Zahlungen.

Wegfall der 26prozentigen Ausfuhrabgabe.
Die Garantiekommision veröffentlicht ein amtliches Communiqué, in dem im wesentlichen folgendes steht:

1. daß der Tarif der Ausfuhr im Sinne des Londoner Zahlungsstatuts genau festgelegt werden müsse. Dabei habe sie gleichzeitig auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die mit der Verwendung der Ausfuhrziffern als Index für die nicht feststehenden Jahreszahlungen verbunden sind. Diese beiden Einwendungen habe die Garantiekommision an die dafür zuständige Reparationskommision weitergeleitet;
2. daß die Verwendung der Sollentnahmen zur Sicherstellung der deutschen Zahlungen die Zollpolitik ungünstig beeinflussen würde. Die Garantiekommision habe Mittel angegeben, um dem abzuwehren, im übrigen auf den jetzt geltenden Anordnungen bestanden;
3. daß die 26prozentige Ausfuhrabgabe wegsalle. Die Garantiekommision hat sich aber das Recht vorbehalten, auch diese Bestimmung aufrechtzuerhalten, wenn die nötigen Devisen auf andere Weise nicht zu beschaffen seien. Die deutsche Regierung habe diejenigen Dispositionen angegeben, die nach ihrer Meinung an die Stelle der im Londoner Abkommen vorgesehenen zu treten hätten, wovon die Garantiekommision unter Vorbehalt der oben mitgeteilten Stellungnahme Kenntnis genommen habe. Bei dieser Gelegenheit habe die Kommission die deutsche Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß das ganze System der deutschen Zahlungen auf einer gewissen

Festigkeit des Marktes

beruhe und daß diese wiederum vor allem das Gleichgewicht des Budgets und dementsprechend die nötigen Finanzreformen voraussetze. Endlich habe die Garantiekommision auseinandergesetzt, auf welche Weise sie sich Gewißheit über die Richtigkeit der deutschen Ausfuhr-, Zoll- und Steuerstatistik zu verschaffen gedenke.

Das Communiqué fügt hinzu, was das Jahr vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1922 anlangt, so seien die deutschen Zahlungsverpflichtungen zum größten Teil durch die schon bezahlte eine Milliarde Goldmark, durch Naturallieferungen und das Ergebnis der Ausfuhrabgabe gedeckt, so daß die deutsche Regierung wahrscheinlich nicht mehr als für 300 Millionen Goldmark ausländische Devisen werde zu erwerben haben. Dabei werde vorausgesetzt, daß die deutschen Statistiken mit den Tatsachen übereinstimmen.

Die Auffassung in Frankreich.

Aus diesem Communiqué geht klar hervor, daß man jetzt auch bei der Entente einzusehen beginnt, daß das System der rückständigen Forderungen nicht nur auf die deutsche Wirtschaft vernichtend wirken muß, sondern auch für die Entente selbst recht unliebsame Folgen haben kann. Man wird auch drüber erst durch Schaden klug, so oft auch seit langem schon von deutscher Seite darauf hingewiesen worden ist, daß es nicht angeht, jemandem unerhörte Zahlungen aufzuerlegen und ihm gleichzeitig die Mittel zur Erfüllung der übernommenen Leistungen zu zerstören. Der stinkende Markkurs würde alle noch so schönen Kombinationen nutzlos über den Haufen werfen, und man bereit sich daher drüber, die drohende Katastrophe im letzten Augenblick durch eine schleunige Korrektur der überlieferten Beschüsse abzuwenden. Selbstverständlich versucht man auch diesmal, alles Unangenehme auf die deutsche Schulter abzuwälzen. So schreibt der „Temps“ zu dieser Angelegenheit u. a.:

An dem Tage, an dem die Welt noch weiter in das Ausland fliehen soll, würde die Menge der Papiermark, die die deutsche Regierung von ihren Steuerzahlern fordern müßte, ins Ungeheure wachsen, d. h. mit andern Worten, die Leistungen der Steuern würden für Deutschland unerschwinglich werden und das ganze gegenwärtige System der Wiederentgeltung zusammenstürzen. Man glaubt allerdings, daß der Sturz der Mark, der sich in den letzten Tagen bemerkbar gemacht hat, nicht allein von den Devisenführern der deutschen Regierung herrührt, sondern daß sich eine ungeheure Spekulation von deutscher Seite eingeschlichen hat. Aus diesem Grunde habe die deutsche Regierung sich bereit, mitzuteilen, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1922 nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen habe. Auf diese Weise hoffe man, die weitere Entwertung des deutschen Geldes aufzuhalten.

Protest gegen die polnische Amnestie.

Polnische „Ortswehren“.

Gegen die Amnestie für die obereschlesischen Aufständischen haben in letzter Stunde noch die vereinigten deutschen Parteien und die Gewerkschaften einen Protest eingereicht. Es wird darin betont, daß die fortgesetzten Amnestien die Polen geradezu zu einem neuen Aufstand anreizen würden. Zum mindesten sollten folgende Personen nicht unter die Amnestie fallen dürfen:

1. Der bisherige Vizekommisars Korfanty und die Mitglieder des Zollgutsausschusses.
2. Die Kommandanten von Formationen der Aufständischen, die Orts- und Kreis-Kommandanten, auf deren Befehl und unter deren Verantwortung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind.
3. Die Vorstehenden und Besitzer der Selbstgerichte der Aufständischen, die sich richterliche Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung sowie alle diejenigen Personen, die widerrechtlich sich öffentliche Ämter angeeignet haben.
4. Alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der Internationalen Kommission gewesen sind, insbesondere die Kreisbeiräte und die Beamten der Polizei Oberschlesiens und Oberschlesien.